

Keller-Sutter will Zollgesetz retten

Die neue Finanzministerin hat den früheren Aargauer SP-Regierungsrat Urs Hofmann aufgeboten. Er leitet eine Arbeitsgruppe, die das heftig kritisierte neue Zollgesetz zurechtbiegen und die Kantone an Bord holen soll.

Henry Habegger

Um die Revision des Zollgesetzes, das vom früheren Finanzminister Ueli Maurer und seinem Zolldirektor Christian Bock stammt, steht es schlecht. Es droht in der parlamentarischen Beratung die Totgeburt. Die Rechtskommission des Nationalrats plädiert für Rückweisung. Vor allem ins Gewicht fällt aber die Kritik der Kantone, die schwere Vorbehalte gegen die geplante Zollgesetzgebung haben (CH Media berichtete).

Sie stossen sich unter anderem daran, dass das neue Bundesamt für Zoll und Grenzschutz (BAZG) mit dem neuen Gesetz in mehreren Bereichen in den «originären Kompetenzbereich der Kantone» eingreifen will. Unter anderem weise das Regelungskonzept trotz Überarbeitung nach der Vernehmlassung «nach wie vor einen institutionellen Mangel auf, indem das BAZG offensichtlich – parallel zur Polizei – originäre polizeiliche Kompetenzen erhalten soll». Dies widerspreche «der geltenden verfassungsmässigen Kompetenzaufteilung, welche die innere Sicherheit primär als kantonale Aufgabe deklariert und sich damit zur kantonalen Polizeihoheit bekennt», so die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD).

Arbeitsgruppe muss bis im April Resultate liefern

Jetzt will die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) retten, was zu retten ist. Eine Arbeitsgruppe mit den Kantonen, also mit Vertretern der KKJPD, soll die festgestellten Probleme genauer analysieren



Karin Keller-Sutter übernahm mit dem Finanzdepartement auch ein paar «Baustellen». Bild: Key

und Lösungsvorschläge unterbreiten, wie aus dem Finanzdepartement verlautet. Präsident der Arbeitsgruppe wird Urs Hofmann, ehemaliger Regierungsrat im Kanton Aargau und früherer SP-Nationalrat. Hofmann war einst selbst Präsident der KKJPD und genießt bei Kantonen wie Bund grosses Vertrauen. Auch Karin Keller-Sutter präsidierte als St. Galler Regierungsrätin einst die KKJPD.

Die Arbeitsgruppe liefert die Resultate ihrer Arbeit bis April: Dann nämlich muss die federführende Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) unter Leo Müller (Die Mitte) entscheiden, wie es mit dem umstrittenen Gesetz weitergehen soll. Eine Option ist Rückweisung an den Bundesrat, aber das will die neue Finanzministerin offensichtlich verhindern. Denn das Gesetz ist, trotz anderer früherer Aussagen des BAZG, zeitkritisch.

Es sollte eigentlich 2024 in Kraft gesetzt werden, aber das ist mittlerweile illusorisch. Früheste Inkraftsetzung scheint 2025 denkbar.

Was Keller-Sutter jetzt macht, indem sie das Gespräch mit den Kantonen sucht, hätte schon weit früher passieren können. So bemängelten die Kantone, dass es nach einer ersten Überarbeitung des Entwurfs der Zollgesetzgebung eine zweite Vernehmlassung gebraucht hätte. EFD und BAZG-Spitze wollten das allerdings nicht, offensichtlich auch aus Zeitgründen.

Die Visionen des Zolldirektors Christian Bock

Die neue Zollgesetzgebung wurde von Zolldirektor Bock einst gewissermassen in Eigenregie durchgezogen. Er holte extern zwei Juristen und setzte sie auf das Gesetz an, weil er den eigenen Experten, das heisst den Fachleuten im Zoll, nicht traute und weil die gegen seine Vorstellungen vom neuen Gesetz opponierten. Zwei seiner «Visionen» waren etwa das BAZG als Datenkrake, die alle irgendwo verfügbaren Informationen über Personen und Unternehmen sammelt und analysiert. Auch die Abschaffung oder Auflösung des bisherigen Grenzwachtkorps (GWK) war ein vorrangiges Ziel. Faktisch ist diese Auflösung längst im Gang, obwohl das GWK in der heute gültigen Zollgesetzgebung verankert ist. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat diese und andere Handlungen unter Bundesrat Ueli Maurer und Bock heftig kritisiert.

Nicht nur bei den Kantonen stand und steht weiterhin die Befürchtung im Raum, dass mit

dem neuen BAZG eine Bundespolizei quasi durch die Hintertür geschaffen wird. Direktor Bock will sein Personal im Grundsatz bewaffnen und uniformieren, um es flexibel einsetzen zu können. Wohin das letztendlich führen wird, ist für viele Kritiker nicht transparent.

Sollte «die Absicht bestehen, eine zusätzliche operative Polizeiorganisation auf Bundesebene einzuführen, muss dies auf politischer Ebene und mit den Kantonen breit diskutiert werden», so die KKJPD in einem Schreiben ans Bundesparlament vom letzten Dezember. «Eine solche grundsätzliche Verschiebung von kantonalen oder Ausweitung von Bundeskompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit sollte nicht im Rahmen der vorliegenden Zollgesetzrevision quasi als Nebeneffekt abgehandelt werden.»

Die Rechtskommission des Nationalrats beantragte letzte Woche zuhanden der WAK Rückweisung des Zollgesetzes, weil der «verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung zwischen den Zoll- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone» mehr Beachtung geschenkt werden solle. Ausserdem zeigte sich die Kommission «kritisch gegenüber der in der Vorlage enthaltenen Grundrechtseingriffe sowie gegenüber den Bestimmungen, die vom Zwangsanwendungsgesetz abweichen». Die Rechtskommission hatte sich zuvor insbesondere mit dem Datenschutzbeauftragten Adrian Lobsiger ausgetauscht, der sich bereits mehrmals mit dem Gesetz beschäftigte.

Im BAZG selbst ist die Stimmung unterdessen weiterhin schlecht, wie Insider unisono berichten. Das «Gschtürm» und damit die Unsicherheit über das neue Gesetz trägt seinen Teil dazu bei; intern werde kaum mehr informiert, so habe dieses Jahr auch das Grusswort des Direktors zum Jahresende gefehlt.

«Wir pfeifen aus dem letzten Loch», heisst es beim Zoll

Auf die Gemüter schlägt auch, dass interne Reformen zumindest faktisch immer noch vorangetrieben werden, obwohl die gesetzliche Basis auf sich warten lässt. Für Unruhe und Unsicherheit sorgt nach wie vor die hastig vorangetriebene Verschmelzung der bisherigen Berufsbilder Zöllner (Warenkontrolle) und Grenzwächter (Personenkontrolle) und die zunehmende Unzufriedenheit des Personals mit der täglichen Arbeit. Bei der Ausbildung gab es viele Probleme, die teilweise aber jetzt behoben seien. An allen Ecken und Ende fehle es aber an Leuten, sagen Insider, aus einer ganzen Reihe von Gründen, die aber fast ausnahmslos hausgemacht seien. «Wir pfeifen aus dem letzten Loch», sagt ein Grenzwächter, «die Kontrollrichte nimmt ab.» Beim bisherigen Zollpersonal dagegen stelle man vermehrt krankheitsbedingte Langzeitausfälle fest.

Die grosse Frage ist für viele, ob die neue Finanzministerin an Direktor Bock festhalten wird. Dieser dürfte nun darauf hoffen, dass Troubleshooter Hofmann Erfolg hat und das Gesetz rettet. Und den Zollchef dazu?

Schutzsuchende wollen arbeiten

Status S In der Schweiz leben seit dem Krieg in der Ukraine rund 73 000 Menschen mit Schutzstatus S. Im Gegensatz zu den üblichen Verfahren im Asylwesen dürfen sie ab dem ersten Tag nach Erhalt des Status erwerbstätig sein. Aktuell machen davon jedoch nur 15 Prozent Gebrauch, wie eine Befragung der Berner Fachhochschule im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM) ergab. Die Studie zeigt auch: Die meisten Ukrainerrinnen sind gut ausgebildet und würden gerne mehr arbeiten. So gaben fast 95 Prozent der rund 2000 Befragten an, eine nachobligatorische Ausbildung gemacht zu haben, wie das SEM in einer Mitteilung zur Studie schreibt. 70 Prozent haben einen Hochschulabschluss. Trotz Fachkräftemangel befindet sich zurzeit ein Drittel auf Stellensuche. Ein weiteres Drittel gab an, «an einer Arbeit interessiert» zu sein. (gb)

Piraten scheitern mit Referendum

Jugendschutzgesetz Das Quorum von 50 000 Unterschriften gegen das Jugendschutzgesetz sei «um mehr als die Hälfte verfehlt» worden, gab die Bundeskanzlei bekannt. Ganz überraschend kommt diese Schlappe nicht. Bei der Einreichung letzten Donnerstag hatte sich die Piratenpartei siegessicher gezeigt, aber zugleich betont, sie könne die Zahl der Unterschriften nur schätzen. Im Parlament war das Gesetz auf breite Zustimmung gestossen. Jugendliche müssten mit Hilfe von Alterskontrollen besser vor Gewalt- und Sexdarstellungen geschützt werden, lautete der Tenor. Doch genau an dieser Alterskontrolle stören sich die Gegner. (rwa)

ANZEIGE

TOP DEALS

DA STAUNT DIE SCHWEIZ: UNSERE TOP DEALS DER WOCHE

Gültig von Dienstag, 24.01. bis Samstag, 28.01.2023

hilft Ihnen, das Januarloch zu überbrücken.

28%
9.95
STATT 13.95

Féchy
Domaine de Saughey
7.5 dl
Schweiz, Waadtland
Chasselas

40%
27.60
STATT 46.20

Feldschlösschen Original Lager
24 x 5 dl

55%
1.65
STATT 3.70

Schweinsnierstück
ca. 800 g, 100 g = 1.65

50%
17.95
STATT 36.60

Lenor Waschmittel / All-in-Pods
70 Waschgänge
z.B. Lenor Flüssig Universal Aprilfrisch, 70 Waschgänge

40%
1.65
STATT 2.75

Barilla Teigwaren Napoli
500 g
z.B. Barilla Spaghetti Nr. 5, 500 g

Solange Vorrat. Abgabe nur in Haushaltsmengen. Alle Preise in Schweizer Franken. Satz- und Druckfehler vorbehalten. SPAR verkauft keinen Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren.